

Biodiversität vor ungewisser Zukunft

Nach dem deutlichen Nein zur Biodiversitätsinitiative gibt es keine strengeren Vorgaben für den Schutz von Natur, Landschaft und Ortsbildern. Die Befürworter der Initiative sind besorgt – und fürchten die Sparpläne des Bundesrats.

Leandra Sommaruga

BERN. 63 Prozent «Nein» zur Biodiversitätsinitiative. Alle Kantone ausser Genf und Basel-Stadt haben die Initiative abgelehnt. Für den Schweizer Bauernverband ist es eine Machtdemonstration. Dieser kämpfte an vorderster Stelle gegen die Initiative.

Im Hotel «Ador Sorell» hatten sich die Initiativgegner versammelt. Von den Parteipräsidenten der Mitte, FDP und SVP, die sich zum Auftakt der Abstimmung noch lautstark gegen die Initiative ausgesprochen hatten, war keiner da. Der Ausgang der Initiative schien so klar, dass viele Gegner andere Prioritäten setzten. Anwesend war Martin Rufer, Direktor des Schweizer Bauernverbands. Zufrieden blickte er auf den roten Balken auf der Grafik, der den Nein-Trend immer mehr bestätigte. Für ihn sei es wichtig, wie deutlich das Resultat ausfalle. «Fällt die Initiative klar durch, dann ist die Biodiversität für die Landwirtschaftspolitik der nächsten Jahre kein Thema mehr», so seine Interpretation.

«Es ist kein Jubilieren»

Im Raum ist auch Jaqueline de Quattro. Die FDP-Nationalrätin aus dem Kanton Waadt vertritt als Vizepräsidentin der erneuerbaren Energiewirtschaft das Nein-Komitee. Wirklich als Sieg will sie das Resultat nicht verstehen: «Es ist kein Jubilieren.»

Die klare Ablehnung deutet sie als Anerkennung dafür, dass für die Biodiversität schon viel geleistet wurde. Doch das Thema bleibe aktuell, denn der Handlungsbedarf sei gross, sagt sie. Doch um für die Biodiversität Erfolge zu erzielen, brauche es aber eine Zusammenarbeit, die über die Umweltverbände und linke Parteien hinausgehe. Die Baubranche und darunter auch die Energiebranche müsste in Zukunft miteinbezogen werden.

«Wir hatten eine zahme Kampagne»

Dass Akteurinnen wie de Quattro sich gegen die Initiative eingesetzt hatten, wertet der Beat Flach (GLP) als gewichtigen Grund für das Scheitern der Vorlage. «Dass auch die Stromwirtschaft dagegen war, hat viele verunsichert», sagt der Aargauer Nationalrat.

Für viele Befürworter und Befürworterinnen war das Resultat schon im Voraus eher zweitrangig. Das sei nicht entscheidend, so der Tenor im Restaurant «Grosse Schanze», in der sich die Umweltverbände und linken Parteien versammelt haben, am Sonntagmittag oft. Für viele steht im Vordergrund, wie der Abstimmungskampf die Politik zur Biodiversität in Zukunft beeinflusst.

Zur Zukunft wagt Flach nur eine vage Prognose: «Im Parlament sind mehrere Vorstösse



Das Ergebnis war deutlich: 63 Prozent des Stimmvolks lehnten die Biodiversitätsinitiative ab.

BILD KEY

zur Verbesserung der Biodiversität offen.» Es brauche aber noch viel Arbeit, um Bewusstsein zu schaffen, wie gross der Handlungsbedarf sei. Rückblickend wirft er zudem ein: «Verglichen mit den Gegnern, hatten wir mit unseren Bienen eine zahme Kampagne.»

Ist die Biodiversität jetzt vom Tisch?

Für Hasan Candan, Luzerner SP-Nationalrat und Leiter Biodiversitätspolitik bei Pro Natura Schweiz, ist der Kampf um die Biodiversität an diesem Sonntag nicht vorbei und die Zeit für Selbstkritik noch nicht gekommen: Die Umweltverbände hätten gute Argumente vorgebracht. Die Gegenkampagne sei indes unsachlich gewesen, sagt der Biologe und schliesst: «Heute haben die Natur und auch die Menschen verloren.» Für Candan ist daher wichtiger, wie es nun weitergeht. «Jetzt ist Bundesrat Rösti gefordert.» Damit spricht er auf den zweiten Aktionsplan Biodiversität an, der bis Ende Jahr vorliegen soll. Auf diesen kommt Bundesrat Albert Rösti an der Medienkonferenz am Nachmittag auch zu sprechen. Für den Aktionsplan seien Städte, Gemeinden sowie die Umweltverbände und die naturwissenschaftliche Forschung für eine «informelle Konsultation» einbezogen worden, erklärt er. Die Kritik, die beispielsweise der Städte-

«Fällt die Initiative klar durch, dann ist die Biodiversität für die Landwirtschaftspolitik der nächsten Jahre kein Thema mehr.»

Martin Rufer
Direktor des Schweizer Bauernverbands

verband bereits geäußert hatte, werde ernst genommen. «Aber wir haben nicht plötzlich mehr Mittel», sagt der Bundesrat.

Aktionsplan wird zur Kampfzone

Aktuell investiere der Bundesrat 600 Millionen Franken pro Jahr in die Biodiversität. Diese Investitionen würden im neuen Aktionsplan «mehr oder weniger» beibehalten, sagt Rösti auf Nachfrage eines Journalisten. Und nimmt nur so viel vorweg: «Gewisse Anpassungen werden wir vornehmen müssen.» Ein erstes Anzeichen von Sparideen zeigten sich letzte Woche, als der Bundesrat im Rahmen des Entlastungspakets für den Bundeshaushalt vorschlug, bei den Umweltinvestitionen – unter die auch die Biodiversität fällt – 10 Prozent zu kürzen.

Mit einem solchen Auftritt hatten die Umweltverbände Birdlife Schweiz, Pro Natura und WWF Schweiz gerechnet. Zum Entwurf des Aktionsplans schreiben sie in einer Mitteilung: Um die bedrohte Naturvielfalt auf der Basis der bestehenden Gesetze besser zu schützen, sei der Entwurf «absolut ungenügend». Bereits der Aktionsplan 2017 habe seine Wirkung wegen unzureichenden Inhalts und fehlender Mittel verfehlt. Doch der Entwurf für den zweiten Aktionsplan sei allerdings noch schlechter.

Kommentar

Bevölkerung stellt sich hinter Landwirtschaft

Mit einem deutlichen Resultat und einem Stadt-Land-Graben hat das Schweizer Stimmvolk die Biodiversitätsinitiative versenkt. Der Bauernverband hat volle Arbeit geleistet. Die deutliche Ablehnung spricht für sich. Der Bauernpräsident Markus Ritter wiederholte im Abstimmungskampf, dass sie nicht gegen die Biodiversität seien, nur gegen die Initiative – diese gehe zu weit. So sieht es auch die Bevölkerung.



Till Burgherr
Inlandredaktor

till.burgherr@shn.ch

«Was bleibt, ist die Verantwortung, trotz des Neins der Biodiversität Sorge zu tragen.»

Was nun? Was bleibt, ist die Verantwortung, trotz des Neins der Biodiversität Sorge zu tragen. Das Nein der Stimmbevölkerung darf nicht als Freibrief verstanden werden, nichts oder nur das Nötigste zu tun. Es ist schliesslich im Interesse aller, mehr für den Artenschutz zu unternehmen. Es geht um unsere Lebensgrundlagen, das haben die Initianten richtig erkannt, sind aber kläglich gescheitert. Dies, weil sie zu weit gegangen sind und zum Beispiel nicht nur die Landschaft, sondern auch das baukulturelle Erbe besser schützen wollten.

Um die Landwirtschaft nachhaltiger zu gestalten, sollte die Politik auf freiwillige Massnahmen und Anreize setzen. Die Wirtschaft kann zusätzlich in nachhaltige Projekte investieren. Gefordert sind nun auch Architektinnen und Architekten und die Menschen in den Zentren – sie tun gut daran, aus Steinwüsten Schwammstädte zu gestalten. Nur gemeinsam kann es gelingen, die Artenvielfalt zu fördern und den Stadt-Land-Graben zu überwinden, der sich bei dieser Abstimmung wieder aufgetan hat.

Weg für den Kantonswechsel von Moutier ist frei

MOUTIER. Nach dem Ja in den Kantonen Bern und Jura zum Moutier-Konkordat ist die Stimmung am Sonntag in dem bernjurassischen Städtchen ruhig und gelassen geblieben. Die Stimmbevölkerung in Moutier selber hatte dem Vertragswerk zum Kantonswechsel mit 56,2 Prozent einigermassen deutlich zugestimmt.

Damit ist die Zustimmung in Moutier sogar etwas höher ausgefallen als 2021, als die Bevölkerung über die Grundsatzfrage eines Kantonswechsels zum Jura befand. Damals lag die Zustimmung bei 54,8 Prozent.

Autonomisten machen weiter

Die ersten Schätzungen und Ergebnisse wurden am frühen Nachmittag rasch bekannt und entsprachen weitgehend den Erwartungen. Vor dem Hôtel de la Gare in Moutier hatten sich rund 300 Personen, vorwiegend Projurassier, versammelt. Sie waren erleichtert und zufrieden mit dem Ausgang der Abstimmung. Die Versammelten schwenkten

Jurafahnen und stimmten die Hymne «La Rauracienne» an.

Pierre-André Comte, eine der prägendsten Figuren der autonomistischen Bewegung, bezeichnete das Abstimmungsergebnis am Sonntag als «gute Leistung». Dass die Zustimmung mancherorts eher etwas verhalten ausfiel, namentlich in der Ajoie, erklärte sich Comte durch die Nein-Kampagne aus SVP-Kreisen, aber auch durch historische Gründe. Dazu komme, dass die Stimmberechtigten nicht über die Grundsatzfrage des Kantonswechsels abstimmten, sondern über ein Vertragswerk mit den Modalitäten des Kantonswechsels. Dabei habe es wohl auch gewisse finanzielle Befürchtungen gegeben.

Das Mouvement Autonomist Jurasien (MAJ) werde sich nicht auflösen, sagte Comte. «Niemand kann jemanden daran hindern, zu träumen und zu kämpfen», sagte er. Das MAJ werde sich für die Stärkung der interjurassischen Beziehungen einsetzen. (sda)

Stipendien-Vorlage in Zürich wird abgelehnt

ZÜRICH. Vorläufig Aufgenommene im Kanton Zürich müssen auch in Zukunft fünf Jahre warten, bis sie beim Kanton Stipendien beantragen können. Die Stimmberechtigten haben die Streichung der Wartefrist mit einem Nein-Stimmenanteil von 54,36 Prozent abgelehnt. Gegen diese Änderung des Bildungsgesetzes stimmten 229507 Zürcherinnen und Zürcher, dafür waren 192707. Die Stimmbeteiligung betrug 45,6 Prozent.

Der Kantonsrat hatte im Februar entschieden, die Wartefrist zu streichen, weil 90 Prozent der Menschen mit Status F ohnehin in der Schweiz bleiben. Da sei es sinnvoll, sie rasch auszubilden. Die SVP wollte die Wartefrist jedoch beibehalten und ergriff das Referendum. Man dürfe Zürich für Asylbewerber nicht noch attraktiver machen, argumentierte sie. Ausländer mit Status F seien zur Ausreise verpflichtet und dürften nur so lange bleiben, bis dies möglich sei.

Unterschriften sammeln musste die SVP für das Referendum nicht. Sie wählte

den Weg des Kantonsratsreferendums, für das es lediglich die Stimmen von 45 Parlamentarierinnen oder Parlamentariern braucht. Die SVP/EDU-Fraktion im Kantonsrat zählt 49 Köpfe – also mehr als genug. Unterstützt wurden SVP/EDU von der FDP.

Mehrkosten von bis zu 4 Millionen

Für die Streichung der Wartefrist waren hingegen SP, GLP, Grüne, Mitte, EVP und AL. Auch die Regierung hatte nichts gegen die Streichung der Wartefrist einzuwenden – nur schon deshalb, weil es nicht um sehr viel Geld ging. Der sofortige Zugang zu Stipendien hätte pro Jahr zu Mehrkosten von 3 bis 4 Millionen Franken geführt.

Ein grosser Teil davon hätte durch Einsparungen bei der Sozialhilfe kompensiert werden können, weil die Betroffenen mit einer Ausbildung ihr eigenes Geld verdient hätten. Aktuell leben im Kanton knapp 300 Personen, die von der Regelung hätten profitieren können. (sda)

Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative überzeugt

ZUG. Das Zuger Stimmvolk hat am Sonntag den schlankeren Gegenvorschlag zur Transparenz-Initiative der Jungen Alternative angenommen. Damit werden nur die Grundsätze der Initiative in die Verfassung geschrieben, die Details dagegen sollen in einem Gesetz geregelt werden.

Die Stimmberechtigten folgten Regierungs- und Kantonsrat und hiesien den Gegenvorschlag zur Verfassungsinitiative gut, und zwar mit 16360 Ja zu 15093 Nein-Stimmen, wie die Staatskanzlei mitteilte. Dies entspricht einem Ja-Stimmenanteil von 52 Prozent. Die Verfassungsinitiative selber lehnten sie mit 14761 Ja- zu 17361 Nein-Stimmen ab. Die Stimmbeteiligung betrug 43,5 Prozent.

Zug hatte bereits am 9. Juni über diese Vorlage abgestimmt. Die Abstimmung wurde aber wegen Problemen bei der Auszahlung für ungültig erklärt. (sda)